

Haushaltsrede der SPD 2016

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Haußmann,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist immer wieder eine große Herausforderung einen guten Haushaltsplan aufzustellen. Die Kunst besteht darin, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger im Blick zu behalten.

Das ist ein Satz, der sich einfacher anhört als er wirklich ist. Wenn man sich näher mit dem Thema der Haushaltsplanung einer Gemeinde auseinandersetzt, stellt man zwangsläufig fest, dass sowohl die einfließenden Gelder, als auch die Bedürfnisse der Bürger nicht immer die selben sind. Beide Größen variieren von Jahr zu Jahr – mal mehr, mal weniger – und das macht die Sache kompliziert.

Hier in Dettingen sind die Schwankungen vor allem was die Zahlen auf der Einnahmeseite angeht besonders tückisch. Die Gewerbesteuer – für viele Gemeinden die Haupteinnahmequelle – fällt bei uns im Mittel nicht gerade üppig aus. Dafür unterliegt sie aber zum Teil erheblichen Schwankungen und daher müssen wir damit rechnen, dass uns in den kommenden Jahren weniger Gelder zufließen als im guten Jahr 2015. Zusätzlich müssen wir aber durch dieses gute Jahr rund 1 Million € mehr an Umlagen abführen. Und weil das noch nicht genug ist, kommt noch die Umstellung des Haushaltsplans auf die Doppik dazu.

Wie ich ja schon sagte: Eine komplizierte Sache.

Damit hier nichts schief geht, bedarf es einer weitsichtigen und verantwortungsvollen Planung. Dieses – das zeigen uns die vergangenen Jahre – haben wir in Dettingen auch, dank des umsichtigen Handelns durch Sie Herr Bürgermeister Haußmann und durch eine ausgezeichnete Ausarbeitungen der Haushaltspläne durch Sie Herr Neubauer, auch immer gut hinbekommen. An dieser Stelle nochmal ganz ausdrücklich ein herzliches Dankeschön an Sie und ihr kompetentes Team Herr Neubauer.

Wir haben alle unsere Pflichtaufgaben erfüllt und umfassend in unsere Zukunft investiert. Durch die positive Entwicklung unserer Finanzlage in den vergangenen beiden Jahren und durch die gute und kostensichere Planung der Hoch- und Tiefbaumaßnahmen war uns das auch ohne die geplante Neuverschuldung möglich.

Sehr geehrte Damen und Herren, das wird in den nächsten Jahren mit der vorliegenden Planung nicht mehr möglich sein. Schaut man sich die Finanzplanung bis 2019 an, so müssten wir unsere gesamten Rücklagen aufbrauchen und zusätzlich unseren Schuldenstand im Kernhaushalt fast vervierfachen um die eingeplanten Maßnahmen auch bezahlen zu können. Die Kreditaufnahmen aus den Eigenbetrieben müssen hier auch noch dazugerechnet werden. Neuverschuldung kann durchaus berechtigt sein um Investitionen in die Zukunft zu sichern, in dem geplanten Umfang wird das für unsere Gemeinde aber nicht tragbar sein.

Man kann eben nur das Geld ausgeben, dass man hat. Aber woher nehmen?

Von der Verwaltung wird im vorgelegten Haushalt vorgeschlagen, die Grundsteuer moderat zu erhöhen um die Mittel im Gemeindehaushalt zu stärken. Da wir keine Alternative sehen, werden wir das auch mittragen. Des weiteren soll die für September geplante Erhöhung der Kindergarten- und Schülerhortbeiträge vorgezogen werden, um den Abmangel im Bereich der Kinderbetreuung zu verringern. Die Neukalkulation der Kindergartengebühren soll dann auch noch in diesem Jahr erfolgen. Machen wir uns nichts vor: Allein wegen den steigenden Personalkosten wird das voraussichtlich eine erneute Erhöhung der Gebühren zur Folge haben. Macht man sich die Mühe und besucht die Internetseite des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, so landet man irgendwann auch auf einer Seite die Überschriften ist mit: „Kindergärten in Baden-Württemberg als Orte der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung“ - frühkindliche Bildung. Ist das nicht ein Thema das nicht nur die Eltern der Kinder, sondern vielmehr uns alle angeht? Wir beantragen daher auf die Vorziehung der Gebührenanpassung zu verzichten und statt dessen die Grundsteuer A und B um weitere 10 Punkte, auf insgesamt 400 von Hundert anzuheben. Damit können wir uns immer noch mit vielen umliegenden Gemeinden vergleichen. Diese Steuer bezahlt jeder Dettinger Bürger – egal ob Mieter oder Hausbesitzer – und trägt so dazu bei, dass auch in Dettingen die Kinder-Bildungseinrichtung bezahlbar bleibt.

Aus unserer Sicht müssen die Einnahmen aus der Gewerbesteuer dringend verbessert werden und zwar vor allem durch mehr Steuerzahler, also durch die Aufwertung unseres Gewerbegebietes. In diesem Zusammenhang ist uns aber auch klar, dass das kurzfristig kaum eine Verbesserung unserer Einnahmen zur Folge hat. Auch sind wir hier durch das Innenentwicklungskonzept für das

Gewerbegebiet schon auf einem guten Weg und durch den steten und unermüdlichen Einsatz aller Beteiligten im Rathaus bereits nahe dem Ende unserer Möglichkeiten angekommen.

Also doch auf Investitionen verzichten?

Der mit Abstand größte Einzelposten in der Investitionsplanung ist mit rund 3 Mio € der Umbau der Werkrealschule zur Ganztagesgrundschule. Diesen Umbau zu streichen würde eine deutliche Verbesserung der Haushaltslage auf der Ausgabenseite bedeuten. John F. Kennedy behauptet ja: „Es gibt nur eins, was auf die Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.“ und damit hat er in unserem Fall auch ganz praktisch gesehen recht, denn den Ganztageseschulbetrieb an 3 Standorten weiter zu führen verursacht langfristig sicher weit höhere Kosten. Daher sollte dieses Projekt Schule vorangetrieben werden. Allenfalls kann die Umsetzung der Maßnahmen geschoben werden, die nicht für den eigentlichen Ganztageseschulbetrieb erforderlich sind. Das werden wir zu gegebener Zeit kritisch diskutieren.

Der Kommandant der Feuerwehr Jürgen Holder und sein Stellvertreter Lars Walz haben nach vielen Stunden Arbeit eine umfassende und inhaltlich differenzierte Feuerwehrkonzeption vorgestellt und haben darin die dringend notwendigen Ersatzbeschaffungen und Modernisierungen aufgeführt und ausführlich erläutert. In diesem Bereich wird wohl keiner ernsthaft auf alle eingeplanten Investitionen verzichten wollen.

Im Investitionsplan 2016 sind zwei Posten vorgesehen, die aus unserer Sicht im Moment nicht nötig sind. Das ist zum einen die Anschaffung eines Online-Ausleihsystems für die Bücherei und zum anderen die Installation einer zentralen E-Ladestation für Elektro-PKWs. Zugegebener Maßen ist das ein Tropfen auf den heißen Stein, aber angesichts der finanziellen Lage, sollten wir alle Punkte kritisch hinterfragen. Wir sind der Meinung, wir sollten eher in einen Fahrradabstellplatz an der Schloßberghalle investieren, wir bitten eine Summe von 1.500€ einzuplanen.

Bleibt im Prinzip nur noch der Ausbau und die Modernisierung der Straßen. Sicher kann man den ein oder anderen Bauabschnitt auch nach 2019 noch umsetzen – wir denken da zum Beispiel an den Rückbau der Kirchheimer Straße – aber viele der eingeplanten Arbeiten werden sich nicht auf unbestimmte Zeit verschieben lassen.

Und nun?

Herr Bürgermeister Haußmann, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden – noch mehr als bisher – Prioritäten setzen müssen. Das bedeutet auch: wir werden nicht immer einer Meinung sein. Wenn wir in den nächsten Monaten und Jahren die Einzelmaßnahmen beraten und beschließen, werden wir genau darauf achten müssen, in welchem Umfang und in welchem Zeitraum wir diese durchführen und vor allem wie viel Geld uns dazu zur Verfügung steht.

Der Blick auf die nächsten Jahre bereitet uns Sorgen. Da ich aber im Grunde Optimist bin, gehe ich zuversichtlich auf diese Herausforderung zu und bin davon überzeugt, dass auch wieder bessere Jahre auf uns zukommen werden.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einen Satz zum diesjährigen Haushaltsentwurf sagen:
Wem das Wasser bis zum Halse steht, der darf den Kopf nicht hängen lassen!

Anträge zum Haushaltsplan 2016:

1. Erhöhung der Grundsteuer A&B auf jeweils 400 v.H. bei Verzicht auf die Vorziehung der Gebührenanpassung von Kinderbetreuung und Kinderhort.
2. Verzicht auf den Ansatz zur Beschaffung eines Online-Ausleihsystems für die Bücherei in 2016. Evtl. neuer Ansatz 2017, wenn vorher der Bedarf erklärt und das System vorgestellt wurde.
3. Aufnahme eines Fahrradabstellplatzes an der Schlossberghalle. Antragssumme 1.500€
4. Verzicht auf den Ansatz zur Errichtung einer E-Ladestation für E-Bikes und E-PKWs.